

Interpellation Fraktion SP (Katharina Altas, SP): Im Stadtarchiv lagern ca. 300 Laufmeter Akten von Betroffenen fürsorgerischer Massnahmen. Wann wird die Stadt Bern diese Akten erschliessen? Wann arbeitet die Stadt Bern die dunkle Geschichte der Fürsorgepolitik auf?

Auf nationaler Ebene wird im Moment über ein dunkles Kapitel Schweizer Justizgeschichte diskutiert. Am „Runden Tisch“, der im Sommer 2013 ins Leben gerufen wurde, verhandeln Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen mit Vertretern der öffentlichen Hand, der Landeskirchen und des Bauernverbands über eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit. Im Zentrum steht die Rehabilitation von Verding- und Heimkindern, administrativ Versorgten, Zwangssterilisierten und Zwangsadoptierten. Die Arbeiten des Runden Tisches sollen bis Ende 2014, spätestens aber bis Mitte 2015 abgeschlossen sein.

Es ist davon auszugehen, dass auch die Stadt Bern in diesem Bereich einiges aufzuarbeiten hat. Die im Stadtarchiv befindlichen Akten sind grösstenteils noch nicht erschlossen, so dass Anfragen von Betroffenen oder Forschenden nur teilweise bzw. ungenügend und mit grossem Suchaufwand (6-7 Stunden pro Anfrage!) beantwortet werden können. Die 300 Laufmeter Akten bestehen zu einem grossen Teil aus Fallakten, die Ausschnitte aus Lebensläufen am Rande der Gesellschaft dokumentieren. Anlässlich des 2. Runden Tisches am 25. Oktober 2013 wurde erfreulicherweise die Einrichtung eines Härtefall- oder Solidaritätsfonds beschlossen. Dies wird zur Folge haben, dass Betroffene in wachsender Zahl Akteneinsicht im Stadtarchiv verlangen, damit sie ihren Anspruch auf Entschädigung nachweisen und gegenüber den Behörden geltend machen können. Ausserdem wurde durch die Empfehlung der Schweizer Archivdirektorenkonferenz den von fürsorgerischen Massnahmen Betroffenen eine erleichterte Akteneinsicht versprochen. Die zuständigen Behörden werden nun über die erleichterte Akteneinsicht für Betroffene informiert.

Schon im Juni 2010 hat eine Interpellation der Fraktion SVPplus die Forderung nach einer Studie, der lückenlosen Aufarbeitung der Geschichte und der Entschädigung der Opfer gefordert.

Auch andere Städte und Kantone haben sich eingehend mit diesem Thema beschäftigt. Hier sei nur eine kleine Auswahl genannt:

- Forschungsprojekt „Administrative Versorgung im Kanton St. Gallen 1872-1971“, finanziert vom Lotteriefonds Kanton St. Gallen (160'000 Franken), Staatsarchiv Kanton St. Gallen, Beginn 2013/2014.
- Das Verdingkinderwesen in den Kantonen Zürich, Bern und Basel, finanziert vom Forschungskredit der Universität Zürich, Laufzeit: 2012-2014
- Verdingkinderwesen in den Kantonen Bern, Luzern und Solothurn, finanziert vom Schweizerischer Nationalfonds (385'938 Franken), Laufzeit: 2010-2012
- Historische Aufarbeitung der Vorkommnisse in Luzerner Kinder- und Jugendheimen, Laufzeit: 2010-2012
- Das Verdingkinderwesen im Kanton Bern, finanziert vom Regierungsrat des Kantons Bern (200'000 Franken), Laufzeit: 2008-2010
- Buchprojekt Gruebe, finanziert von der Gemeinde Köniz, Kirchgemeinde Bern, Fontes-Stiftung, Berner Kantonalbank, Publikation: 2013

Auf eidgenössischer Ebene gibt es nun Bestrebungen für die Forschung in diesem Bereich einen Fonds zu äufnen. Die Erschliessung der Akten im Stadtarchiv und die Aufarbeitung der Geschichte könnten für die Stadt Bern bei einem entsprechenden Gesuch des Gemeinderats um finanzielle Unterstützung kostengünstig bis kostenneutral ausfallen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es Bestrebungen, die im Stadtarchiv befindlichen Akten zu erschliessen, zu digitalisieren und zu konservieren?
2. Falls Ja, bis wann werden die Aktenbestände aufgearbeitet sein?
3. Sollte der Fonds für die historische Aufarbeitung der Geschichte der von fürsorglichen Zwangsmassnahmen Betroffenen zustande kommen, wie wird der Gemeinderat vorgehen, um die Nutzung der Stadtberner Bestände für Betroffene wie für Forschende sicherzustellen?
4. Wird der Gemeinderat unabhängige Historikerinnen oder Historiker beauftragen, um das Kapitel der von fürsorglichen Zwangsmassnahmen Betroffenen in der Stadt Bern aus eigener Initiative aufzuarbeiten?

Bern, 14. November 2013

Erstunterzeichnende: Katharina Altas

Mitunterzeichnende: Marieke Kruit, Yasemin Cevik, Nadja Kehrl-Feldmann, Lea Kusano, Bettina Stüssi, Hasim Sönmez, Michael Sutter, Lena Sorg, David Stampfli, Annette Lehmann, Thomas Göttin, Martin Krebs, Benno Frauchiger, Halua Pinto de Magalhães, Stefan Jordi, Rithy Chheng, Fuat Köçer